

Jörg Tauss

Politischer Diskurs im Netz - Neue Medien und e-Demokratie

Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher und medientechnischer Entwicklung ist vermutlich so alt wie die Medien selbst. Damit steht sich auch die Frage nach der Demokratieverträglichkeit sogenannter neuer Medien nicht erst mit der Ausbreitung des Internet auf der Tagesordnung - es ist noch gar nicht so lange her, da waren Radio und Fernsehen neue Medien. So forderte beispielsweise der Dichter Bertolt Brecht bereits im Jahre 1932, daß der Rundfunk aus einem „Distributionsapparat in einen Kommunikationsapparat zu verwandeln“ sei. Liest man diesen vor mehr als 60 Jahren geschriebenen Entwurf eines derartigen Kommunikationsapparates neu, so scheint man sich unmittelbar in der heutigen Auseinandersetzung zu befinden. Der Rundfunk könne - so ist in Brechts Radiotheorie zu lesen - als denkbar „großartigster Kommunikationsapparat des öffentlichen Lebens“ angesehen werden, wenn er es verstünde „nicht nur auszusenden, sondern auch zu empfangen, also den Zuhörer nicht nur hören, sondern auch sprechen zu machen und ihn nicht zu isolieren, sondern ihn in Beziehung zu setzen.“

Damit ist eigentlich – auch was die heutige e-Demokratie-Diskussion anbelangt – alles Wesentliche angesprochen: Mit dem Internet scheint nun dieser alter Menschheitstraum endlich in Erfüllung zu gehen: Das Internet als neues Medium bietet zumindest potentiell die Möglichkeit, alle Gesellschaftsmitglieder in einem übergreifenden Kommunikationsnetz zu vereinigen. Kennzeichen des neuen Mediums ist nicht das „Viele“ (wie es das Wort Multimedia Glauben machen will), Kennzeichen ist vielmehr das Integrieren der bisher nebeneinanderstehenden Medien in einem einzigen. Richtiger wäre daher der Begriff „Monomedium“. Das Internet integriert Potentiale der mündlichen Direktkommunikation (Diskussion oder Telefongespräch), der Printmedien (Brief, Flugblatt, schwarzes Brett, Zeitung und Buch), der audio-visuellen Medien (Rundfunk, Fernsehen, Video) und steigert deren Kapazität (durch höhere Archivierungs- und Speicherfähigkeit). Vor allem aber unterscheidet es sich - als many-to-many-Medium - vom Brechtschen Distributionsapparat Rundfunk. Jeder kann

nun als Sender und Empfänger - mit jedem über fast alles zu beinahe jeder Zeit elektronisch kommunizieren, jeder kann Informationen anbieten oder abfragen,

Damit markiert das Internet - und die Diskussion um dessen mögliche Folgen für die demokratische Gesellschaft - den vorläufigen Höhepunkt einer medientechnischen Entwicklung, in der die Debatte um das interaktive Kabelfernsehen (wenn es auch so nahezu nirgendwo verwirklicht wurde) oder erste Computernetze auf lokaler Ebene als wichtige Zwischenschritte angesehen werden können. So verwundert es auch nicht, daß diese medientechnische Entwicklung bereits in den 70er Jahren von einigen Demokratietheoretikern aufgegriffen wurden. Die ersten Vorstellungen einer „Teledemokratie“ oder auch „elektronischen Demokratie“ stammen aus dieser Zeit und haben – bis zu den heutigen demokratietheoretischen Vorstellungen - eines gemeinsam: Sie alle versuchen, neue elektronische Medien als Mittel gesteigerter politischer Partizipation und Teilhabe und als Verbesserung der Kommunikation – im Sinne des Dialoges – zu begreifen.

Elektronische Demokratie, digitale Agora oder Telekratie, lebhaft politische Debatte oder „Dafür“- und „Dagegen“-Buttons - die Möglichkeiten der sich mit der Ausbreitung des Internet entfaltenden elektronischen Öffentlichkeit und deren Folgen für das politische System werden sehr unterschiedlich eingeschätzt: Gelten die neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten für die einen als „technology of freedom“ und stehen für eine „totale Demokratisierung“ der Gesellschaft, den „wohlinformierten Bürger“ und die direkte Kommunikation zwischen Politiker und Wähler, sehen die anderen in ihnen eine Gefahr für oder gar das Ende der Demokratie.

Der Technologierat, eines der vielen Beratergremien der alten Bundesregierung, formulierte im Jahr 1995 noch warnend: „Einerseits wird die repräsentative Demokratie in Frage gestellt, wenn jeder Bürger sich im Prinzip unmittelbar an der politischen Willensbildung beteiligen kann. Andererseits kann und darf die quasi direktdemokratische Technik die institutionellen Einrichtungen der Demokratie zur immer komplexer werdenden Entscheidungsfindung und den politischen Diskurs nicht ersetzen.“ (Rat für Forschung, Technologie und Innovation 1995: 48f.). Manche Autoren vermuten gar, daß sich die Politik bereits heute den Bedingungen der (alten) Medien unterworfen habe (vgl. Kepplinger 1998), andere gehen davon aus, daß die neuen Medien

von der „Zuschauer-“ zur „Beteiligungsdemokratie“ (Leggewie/Maar 1997) führen werden, wieder andere befürchten schließlich die „freiwillige Dauerüberwachung im bit-gesteuerten Morgen-Land“ (Tügel 1996).

Demokratie und Legitimationskrise - ein Plädoyer für die Nutzung neuer Optionen zur Modernisierung der demokratischen Gesellschaft

Die Diskussion um das Entstehen einer „elektronische Demokratie“ ist also keineswegs neu, sondern wird im Zusammenhang mit den umstrittenen Konzepten einer Informationsgesellschaft bereits seit 30 Jahren geführt (Tauss/Kollbeck/Mönikes 1996). Ausgangspunkt waren jedoch in der Regel die möglichen Gefahren der neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten für Individuum und Gesellschaft, weniger aber mögliche Chancen. Ein solcher Blick verkennt jedoch die Tatsache, dass jegliche Techniken „soziale Artefakte“ sind, die nicht allen naturgesetzlichen Zwängen folgen, sondern vielmehr in ihren Wechselwirkungen zwischen Politik, Ökonomie und Kultur gleichermaßen begriffen werden müssen. Das gilt für Informations- und Kommunikationstechniken in besonderem Maße, denn angesichts der gesellschaftskonstituierenden Bedeutung von Kommunikation, die nahezu allen neueren gesellschaftstheoretischen Entwürfe betont wird, ist ein enger Zusammenhang zwischen der politischen Kommunikation und der Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften und der Evolution der ihr zur Verfügung stehenden Kommunikationsmöglichkeiten offensichtlich (vgl. dazu Kleinsteuber 1999).

Daher gilt es, neben den möglichen Gefahren, die die neuen Informations- und Kommunikationstechniken wie jede andere Technik sicherlich in sich bergen, auch die Optionen für die Modernisierung der demokratisch verfaßten Gesellschaft zu erkennen, die dieser gesellschaftliche Wandel mit sich bringt. „Technische Innovationen wie digitale Netze und das Internet müssen folglich“, so das Resümee von Hans J. Kleinsteuber, „ganz unbefangen auf ihre Demokratie-Tauglichkeit untersucht und entsprechend beurteilt werden. Weil der Diskurs zu Technik und Demokratie außerhalb Deutschland einiges unverkrampfter und spielerischer geführt wird, finden wir dort unter Stichworten wie *Teledemocracy*, *Electronic Democracy*, oder *Online-Democracy* auch eine Fülle anregender Debatten und Ideen.“ (Kleinsteuber 1999)

Diese Perspektivierung auf die kleinen Schritte und das Setzen auf innovative Spiele ist vor allem deshalb notwendig, weil allein das Beharren auf dem Status Quo nicht nur neue Optionen gar nicht erst in den Blick bekommt, sondern auch die heute bereits offensichtlichen Probleme nicht zu sehen vermag.

Gerade vor dem Hintergrund der oft diagnostizierten Politik- und Politikerverdrossenheit, dem abnehmenden Vertrauen in die staatlichen Institutionen, der angesichts der Komplexität zunehmenden Undurchschaubarkeit politischer Entscheidungsstrukturen und -prozesse und schließlich angesichts der immer weiter abnehmenden Wahlbeteiligung vor allem bei Landtags- und Kommunalwahlen stellt sich immer drängender die Frage, wie diesen daraus entstehenden Mißtrauen und Legitimationsdefiziten begegnet werden könne - sie bezeichnen Symptome einer gesellschaftliche Entwicklung, worauf auch die zuständige Politikwissenschaft noch nach Antworten sucht (vgl. hierzu ausführlich Kepplinger 1998, wenn auch seine Schlussfolgerung von der Demontage der Politik hier nicht geteilt wird).

Damit stellt sich die Frage, ob und inwieweit die neuen Informations- und Kommunikationstechniken wie die Herausbildung weltweiter digitaler Netze einen Beitrag zum Abbau des daraus resultierenden Legitimationsdefizites leisten können. Die Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft - Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ des 13. Deutschen Bundestages, die gemäß ihrem Einsetzungsbeschluß die Aufgabe hatte, (Deutscher Bundestag 1995) die „künftigen Entwicklungen und Folgen der elektronischen Medien und Informationstechnologien sowie der neuen Möglichkeiten einer Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnik“ in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen darzustellen und „Handlungsbedarf“ und „Handlungsmöglichkeiten der staatlichen Politik“ aufzuzeigen, hat sich auch mit den neuen Formen der Beteiligung der Bürger an der politischen Willensbildung beschäftigt.

Dabei hat sie - wie die öffentliche Debatte insgesamt - den Fokus noch immer in erster Linie auf Fragestellungen wie „Bereitstellung, Verteilung und Aufnahme politi-

scher Informationen“¹ oder „Effizienzsteigerung von Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen“ gerichtet (Deutscher Bundestag 1998: 179ff.).

Natürlich sind auch dies wichtige Themenstellungen, jedoch wird mit dieser Fokussierung das Spezifische und das eigentlich Neue der sog. Neuen Medien - die Möglichkeit der Interaktivität - von vornherein ausgeblendet und damit auch die möglicherweise entstehenden neuen Möglichkeiten und Formen der politischen Teilhabe.

Die neuen Medien werden auch zu einer weiteren Individualisierung der Mediennutzung führen und damit auf der einen Seite neue Freiheitsgrade eröffnen, auf der anderen Seite jedoch auch zu einer weiteren Zersplitterung der Gesellschaft beitragen. Entstehen könnten immer weiter differenzierte und segmentierte Teil-Öffentlichkeiten, die untereinander kaum noch mitteilungsfähig sind. Damit stellt sich in einer ganz neuen Weise die (nicht nur soziologische) Frage, welches Band die Gesellschaft eigentlich noch zusammenhalten kann.

Die entstehende Vielfalt und Verfügbarkeit an Informationen hat darüber hinaus auch inflationäre Wirkungen: Immer mehr stellt sich die Frage, welche Informationen Wert haben oder glaubwürdig sind, und immer mehr erfordert sie vom Nutzer eine höhere Kompetenz im Umgang mit Informationen. Die Spaltung der Gesellschaft in solche, die Zugang zu Informationen haben und mit diesen umgehen können, und in solche, die davon ausgeschlossen sind, ist eine reale Gefahr. All diese Gefahren gilt es zu erkennen und zu minimieren.

Erkannt und erprobt werden müssen – vielleicht auch ein Stück „spielerisch“ – jedoch auch die Chancen und neuen Möglichkeiten, die mit dieser Entwicklung einher ge-

¹ Jedoch geht es - gerade vor dem Hintergrund der Legitimationskrise - nicht allein um die schnelle und umfassende Verfügbarkeit von politisch relevanten Informationen für den Bürger. Bereits seit Jahren ist auch vom „Informationsvorsprung der Exekutive“ und der gleichzeitigen „Informationskrise des Parlamentes“ die Rede. Da diese Problematik hier nicht ausführlich diskutiert werden kann, nur folgende kurze Anmerkung: Auch hier sollte mittels neuer Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten Abhilfe geschaffen werden. Um dieses Ungleichgewicht zwischen Regierung und Parlament - immerhin deren Kontrollorgan - abzubauen, sollten mit dem System PARLAKOM (Parlamentarisches Informations- und Kommunikationssystem), welches in den 80er Jahren eingeführt wurde, folgende Ziele verwirklicht werden: Zugriff auf Daten in Ministerien, Zugriff auf Datenbanken in Ausschüssen, Zugriff auf Datenbanken der Fraktionen, Anbindung an Pressedienste und an den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages, elektronische Kommunikation zwischen Bundestags- und Wahlkreisbüros, etc. (Vorwerk, Bahr, Dieckhoven et al. 1986). Schaut man sich etwas mehr als zehn Jahre später an, was davon in der Zwischenzeit realisiert wurde, so fällt auf, daß die Abgeordnetenbüros zwar neben e-Mail inzwischen Zugang zu Pressediensten und seit einigen Monaten auch zu Ausschußinformationen haben. Wichtiger aber ist, daß die keines Projekte, die auf die Kontrolle der Regierungsarbeit abzielten (z.B. Zugriff auf Datenbanken der Ministerien, etc.), verwirklicht wurde (vgl. auch Bernhardt/Ruhmann 1996: 45).

hen. Erste Erfahrungen mit den neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten zeigen, daß vernetzte Medien lokale Kommunikation verdichten und globale Kommunikation herstellen können. Noch viel wichtiger als die Bereitstellung von Informationsangeboten ist jedoch die Frage, wie die Verfügbarkeit dieser neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten die kommunikative Kapazität beispielsweise des Parlamentes tatsächlich beeinflussen und verändern.

Inzwischen sind nahezu alle Ministerien und nachgelagerte Behörden des Bundes und der Länder im Internet mit einer eigenen Homepage präsent, auch der Deutsche Bundestag bietet seit einigen Jahren seine Informationsangebote im Netz an. Gefragt werden aber muß, ob und inwieweit die neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten in den tatsächlichen Kommunikationsabläufen und Kommunikationsstrategien genutzt werden und ob sie eine neue Verfahrenspublizität – gerade bei einer gesellschaftlichen Institution wie dem Deutschen Bundestag – schaffen können.

So gilt beispielsweise für die Arbeits- und Kommunikationsabläufe im Deutschen Bundestag, daß alle Abgeordneten und alle parlamentarischen Serviceeinrichtungen auch per E-Mail erreichbar sind, und so den direkten Kontakt erheblich vereinfachen können – wenn sie denn wollen. Inzwischen bieten auch zahlreiche Abgeordnete auf eigenen Homepages Informationen zu ihrer parlamentarischen Arbeit und Möglichkeiten der direkten Kontaktaufnahme an.²

Aber werden diese Möglichkeiten tatsächlich auch genutzt, oder bestimmen nach wie vor Umlaufmappen und Fax die Arbeit des Parlamentes? Und wie so oft kann die Antwort nur lauten: Teils, teils – jedoch werden diese elektronischen Kommunikationsabläufe – intern und auch extern – schon bald zur Normalität eines jeden Parlamentariers gehören. Was sich abzeichnet ist, daß die Arbeitsläufe sich hierdurch extrem beschleunigen, daß die Kontaktaufnahme wesentlich vereinfacht und daß das

² Vgl. hierzu den Beitrag von Thomas Zittel (2000): Elektronische Demokratie – Ein Demokratietypus der Zukunft? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/2000. Der Autor geht auf die Ergebnisse seiner Untersuchung zur Nutzung des Internet durch Abgeordnete des amerikanischen Repräsentantenhauses ein und fragt, ob die Zunahme von eMail und Websites eine Verbesserung der parlamentarischen Kommunikation und vor allem auch mehr Transparenz mit sich bringen.

Knüpfen von Kompetenznetzwerken wesentlich effektiver vonstatten geht (Tauss/Kollbeck 1998).

e-Demokratie: Implementierung von e-Vote

Auch was die direkte Teilhabe an politischen Prozessen, das Abstimmen, angeht, so bieten die neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten immense Potentiale. Auch die Enquete-Kommission kam letztendlich zu diesem Ergebnis und empfiehlt in ihrem in ihrem Vierten Zwischenbericht (Deutscher Bundestag 1998b: 81), der sich mit Fragen der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und des Strafrechtes auseinandersetzt, sehr deutlich:

„Auch die Ermöglichung einer informationstechnisch sicheren Wahl neben der heutigen Urnen- und Briefwahl könnte einen großen Beitrag zur besseren Akzeptanz [der neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten, Anm. d. Verf.] leisten.“ Wenn hier noch offen gelassen wird, bei welchen Wahlen auch die elektronische Stimmabgabe ermöglicht werden sollte, geht die Kommission in ihrem Schlußbericht (Deutscher Bundestag 1998a: 81) noch ein Stück weiter: „Bei Bundestagswahlen sollte das Angebot gemacht werden, künftig in Ergänzung zur Urnen- und Briefwahl unter Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit auch per Internet zu wählen. Allerdings muß sichergestellt sein, daß freie und geheime Wahlen auch bei der elektronischen Stimmabgabe gewährleistet sind.“

Ob die elektronische Stimmabgabe wirklich sofort bei Bundestagswahlen erprobt werden sollte, oder ob zunächst auf einer kleineren Ebene und in kleineren Einheiten mit den neuen Beteiligungsmöglichkeiten und -formen experimentiert werden sollte (z.B. in den virtuellen Gemeinschaften wie dem Virtuellen Ortsverein der SPD, in Universitäten und Unternehmen oder den ersten digitalen Städten), sei zunächst dahin

gestellt - zum Teil wird in diesen Projekten die „elektronische Demokratie“ ja bereits heute erprobt.³

Entscheidend ist, daß auch die Politik die neuen Möglichkeiten und Formen des direkten Austauschs mit und der Beteiligung der Bürger an der politischen Willensbildung anerkennt, ernst nimmt und zu nutzen bereit ist. Drängender als die Ermöglichung einer elektronischen Stimmabgabe bei einer Bundestagswahl stellt sich daher die Frage, ob und inwieweit beispielsweise „Televoten“ - als eine „wissenschaftliche“ Methode der interaktiven und abwägenden Meinungsbefragung mittels neuer Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten - genutzt werden könnten und wie sich beispielsweise die neuen Techniken eignen, virtuelle Anhörungen (etwa der in der Regel nicht-öffentlich tagenden Bundestagsausschüsse) oder auch Projektausschreibungen und kommunale Planungsverfahren (z.B. GMD-Projekt Bonn/St. Augustin) öffentlich zu machen und zur Beteiligung der betroffenen Gruppen einzuladen - etwa im Sinne eines *call for paper* während der parlamentarischen Beratung neuer Gesetze (vgl. Tauss 1999).

Diese Möglichkeiten sollen, auf Initiative der Koalitionsfraktionen, in dem e-Demokratie-Projekt www.moderner-datenschutz.de erprobt werden – was nur eines der gegenwärtig vorbereiteten und durchgeführten e-Demokratie und e-Government-Aktivitäten ist, und welches im folgenden – neben den e-Demokratie-Aktivitäten der Bundesregierung bzw. von der Bundesregierung geförderten Projekten www.staat-modern.de und MEDIA@komm kurz vorgestellt werden soll.

³ Diese Position vertritt wohl auch Hans Peter Bull in seinem Beitrag „Demokratie braucht Zeit“, der in der o.a. Beschleunigung jedoch eher eine Bedrohung der Demokratie ansieht: Die Schnelligkeit der Elektronik ist also kein Faktor der Demokratieverbesserung. [...] Zugegeben: Die heute praktizierte demokratische Willensbildung ist nicht ideal. Aber wir wissen doch, dass Ideale in dieser Welt nicht zu verwirklichen sind. Die Alternative der telekommunikativen Demokratie ist noch nicht einmal der Idee nach besser.“ Leider vernachlässigt diese Pauschal-kritik die Tatsache, dass die Basis jedes demokratietheoretischen Modells – die Frage der kommunikativen Kompetenz – erst in zweiter Linie eine Frage der zugrundeliegenden Kommunikationstechnik ist und blendet so eine Reihe von sicher überlegenswerten Ergänzungen vorschnell aus.

e-Gouvernement- und e-Demokratie-Aktivitäten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages

In den vergangenen Jahren wurden eine Reihe von wichtigen und zukunftsweisenden e-Demokratie und e-Government-Aktivitäten gestartet, die hier nicht im einzelnen und vollständig vorgestellt, zumindest aber überblicksartig erwähnt werden sollen.

Staat-Modern: Das Bundesministerium des Innern hat federführend für die Bundesregierung unter der Überschrift „Staat Modern“ die Aktivitäten zur Modernisierung von Staat und Verwaltung und der neuen Rolle des „aktivierenden Staates“ übernommen. Die Initiative D 21, in der zahlreiche Vertreter der deutschen IT-Branche und der Bundesregierung zusammenarbeiten, unterstützt die Bundesregierung – neben zahlreichen wichtigen anderen Projekten wie die Ausstattung der Schulen mit internetfähigen Computern – hierbei, um zu einer Vorreiterrolle des Staates zu gelangen.

MEDIA@komm: Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützen zahlreiche wichtige Projekte, wobei sich [MEDIA@komm](#) als größter Pilotversuch des Bundes (60 Mio. DM im Aktionsplan) bereits in der Realisierungsphase befindet. Ziel ist es, Best-Practice-Beispiele für eine virtuelle Stadt zu schaffen, in der Bürgerinnen und Bürger, öffentliche Verwaltung und Unternehmen zur gemeinsamen und multimedialen Gestaltung ihres kommunalen Alltagslebens zusammengeführt werden. In allen Lebenslagen sollen Behördengänge, Dienstleistungen und geschäftliche Transaktionen in virtuellen Rathäusern und Marktplätzen abgewickelt werden können, der Service und die Transparenz öffentlicher Angebote deutlich gesteigert und bürgernah umgesetzt werden. Derzeit werden die siegreichen Wettbewerbsbeiträge der Städte Bremen, Esslingen und Nürnberg umgesetzt. Beachtenswerte Ergebnisse kann hier schon der Stadtstaat Bremen vorweisen, vor allem weil hier kommunale Netzpolitik mit der Rolle des Landesgesetzgebers unmittelbar verbunden werden kann.

www.moderner-datenschutz.de: Auf Initiative der Koalitionsfraktionen hat der Unterausschuß für Neue Medien beim Bundestagsausschuß für Kultur und Medien beschlossen, ein Pilotprojekt zur Verwirklichung der elektronischen Demokratie zu un-

terstützen. Unter den Adressen www.moderner-datenschutz.de und www.modernes-datenrecht.de wird die umfassende Novellierung des deutschen Datenschutzrecht im Netz begleitet. Ziel des Projektes ist es, das Gesetzgebungsverfahren ein Stück weit auch im Netz „abzubilden“ und eben nicht nur Textbeiträge, Gesetzentwürfe, Stellungnahmen zur Kenntnisnahme zu veröffentlichen, sondern mit den tatsächlich Betroffenen – und deswegen eignet sich das Datenschutzthema besonders, weil nahezu alle Nutzer der neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten auch Betroffene sind und der Datenschutz die zentrale Akzeptanzvoraussetzung der Informationsgesellschaft ist – diese Texte zu diskutieren. Neben den öffentlich zugänglichen Informationsangeboten wird also in diesem Projekt den Dialogelementen wie Diskussionsforen, Arbeitsforen, etc. zentrale Bedeutung zukommen.

Fazit

Technische Innovationen und Verheißungen einer „elektronischen Demokratie“ und einer „elektronischen Verwaltung“ können sicher nicht als „Königsweg“ bei der Lösung von allgemeinen Problemen der Gesellschaft und der parlamentarischer Demokratie angesehen werden, sie bergen jedoch erhebliche „emanzipatorische Potentiale“ (Glötz 1995) in sich, die es zu erkennen und zu nutzen gilt. Die Innovationen auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik erweisen sich dann als demokratierelevant, wenn sie Möglichkeiten eröffnen, auf die Probleme moderner demokratisch verfaßter Gesellschaften zu reagieren.

Die neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten können m.E. zur Modernisierung der Demokratie, zur Intensivierung der politischen Kommunikation und zur Herausbildung einer neuen Form von Öffentlichkeit beitragen, die die Entfaltung einer demokratischen und offenen Wissens- und Informationsgesellschaft erst möglich machen - nutzen wir diese Chance und Aufgabe! Denn, was wäre die Alternative? Versäumt die Politik diese Herausforderung, werden in Zukunft die Gesellschaftsentwürfe ohne sie debattiert - und das wäre der wirkliche Abschied der Politik.